



Statistisches Bundesamt
Wiesbaden

BERICHT

über die

48. Tagung

des Statistischen Beirats

am 19. Juni 2001

**Bericht
über die 48. Tagung des Statistischen Beirats
am 19. Juni 2001**

Vorsitz

Hahlen	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--------	-------------------------	-----------

Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Hass	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Berlin
----------	---	--------

Dr. Brockmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Berlin
---------------	-------------------------------------	--------

Dr. Weiss	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Berlin
-----------	---	--------

Dr. Weitz	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V.	Berlin
-----------	--	--------

Hasler	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Berlin
--------	--	--------

Buttenböck	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Berlin
------------	---	--------

Herkner	Arbeitsgemeinschaft Energie und Wasser e. V.	Bonn
---------	---	------

Scholz	Bundesverband der Freien Berufe	Berlin
--------	---------------------------------	--------

Graf Pückler	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Berlin
--------------	--	--------

Gabriel Dr. Tofaute	DGB-Bundesvorstand	Berlin
------------------------	--------------------	--------

Frau Milde	Deutsche Angestellten Gewerkschaft	Hamburg
------------	------------------------------------	---------

Dr. Assmann	Verband der Landwirtschaftskammern e.V.	Bonn
Prof. Dr. Heilemann	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	Essen
Prof. Dr. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Prof. Dr. Schulte	Fachhochschule Gelsenkirchen	Gelsenkirchen
Dr. Richter Frau Walsleben	Deutscher Städtetag	Berlin
Röll	Deutsche Städte- und Gemeindebund	Berlin

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dr. Milleker Frau Mank	Bundesministerium des Innern	Berlin
Möller	Bundesministerium der Finanzen	Bonn
Frau Dr. Henseler-Unger Frau Kurth (zu TOP 1)	Bundesministerium für Wirtschaft	Bonn
Schmidt	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Bonn
Lepper	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bonn
Grewenig	Bundesministerium der Verteidigung	Bonn
Fuchs	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Bonn
Dr. Eisel	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Bonn
Dr. Streuff	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Itner	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Bonn
Dr. Maas	Bundesrechnungshof	Frankfurt/M.

Dandorfer	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.
-----------	---------------------	--------------

Vertreter der Statistischen Ämter der Länder

Dr. Leibing	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Kupfahl	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Prof. Dr. Elsner	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin
Steenken	Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	Potsdam
Dinse	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Bick	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Grün	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Hüttebräuker	Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin
Geumann	Niedersächsisches Landesamt für Statistik	Hannover
Kehlenbach	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Laux	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Biele	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamenz
Scherschinski	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt	Halle/Saale
Dr. Kirschner	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Scheuerer	Thüringer Landesamt für Statistik	Erfurt

Ständige Gastmitglieder

Ruiss	Deutscher Beamtenbund	Bonn
Prof. Dr. Stäglin	Deutsche Statistische Gesellschaft	Berlin
Maaßen	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Köln

Teilnehmer von Landesministerien

Frau Dr. Fügel-Waverijn	Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg	Stuttgart
Gauert	Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt	Magdeburg

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Stede, Kopsch, Schrey, Dr. Räth, Angermann, Dr. Nowak, Buchwald, Glaab, Dr. Hoffmann, Steiger, Spies, Glöckler, Frau Schaff, Polte (zu TOP 1), Chlumsky (zu TOP 2), Schmidt (zu TOP 2), Frau Köhler (zu TOP 3), Frau Dr. Bechthold (zu TOP 4), Bierau (zu TOP 8)

Inhalt

Seite

Punkte zur Diskussion

1	Einführung einer bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer	1
2	Gesetzliche Regelung zur Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken	2
3	Einstellung oder Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin	3
4	Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben	4
5	Broschüre „Macht und Zahl“ von Prof. Dr. Eckart Elsner	5

Punkte zur Information

6	Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik	5
7	Electronic Business	6
8	Stand der Durchführung eines registergestützten Zensus (Testgesetz)	7
9	Wichtige Vorhaben auf europäischer Ebene, Rechtsakte und Projekte	7
10	Zeitnähe von statistischen Erhebungen und deren Auswertung – Wirksamkeit der Maßnahmen des Statistischen Bundesamtes, insbesondere im Abfallbereich	9
11	Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI Gutachten)	9

Bericht

Herr Hahlen eröffnet die 48. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer. Anschließend berichtet er über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat.

Neu im Beirat vertreten sind:

Herr Hasler, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.,

Herr Prof. Dr. Wagner, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW),

Frau Ministerialrätin Dr. Henseler-Unger, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,

Herr Ministerialdirigent Dr. Kloos, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft,

Herr Ministerialrat Grewenig, Bundesministerium der Verteidigung,

Herr Direktor Prof. Dr. Elsner, Statistisches Landesamt Berlin,

Herr Präsident Biele, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen,

Herr Dr. Tegelbekkers, Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates,

Prof. Dr. Stäglin, als Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Tischvorlagen „Schaubilder zur Konjunkturlage im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland zum Auftragseingangs- und Produktionsindex (Stand April 2000)“ sowie die „Neue europäische Hauptgruppengliederung in der Konjunkturstatistik“, die ab Berichtsmonat Juli 2001 verbindlich eingeführt wird, vorgestellt.

1 Einführung einer bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer

Die Mitglieder des Statistischen Beirats sind in einer Unterlage über den aktuellen Sachstand der Einführung einer bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer durch die Bundesregierung unterrichtet worden. Die Vertreterin des federführenden Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMW), Frau Kurth, weist im Zusammenhang mit dem geplanten Testgesetz auf die Einrichtung eines Fachbeirates hin, in dem auch die amtliche Statistik vertreten sein

wird. Sie informiert über den weiteren Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens für das Testgesetz, das Anfang 2002 in Kraft treten soll. Eine flächendeckende Einführung ist ab 1. Januar 2005 vorgesehen.

Der Statistische Beirat unterstützt nachhaltig die geplante Einführung der bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer durch die Bundesregierung, da u.a. für die Wirtschaft Entlastungen von statistischen Berichtspflichten erwartet werden. Der Beirat vereinbart eine gemeinsame Presseerklärung, die als Anlage beigelegt ist. Kritisch wird allerdings die noch ungeklärte Frage der Finanzierung der bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer gesehen.

2 Gesetzliche Regelung zur Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken

Das Statistische Bundesamt hat in einer Unterlage den Sachstand der gesetzlichen Regelung zur Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken dargestellt. Herr Min.Rat Möller, Bundesministerium der Finanzen (BMF), erläutert die Gründe, die zu den Überlegungen geführt haben, die Datenanforderungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) aus der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich registergestützt zu erfüllen. Zu dem Vorentwurf für eine entsprechende gesetzliche Regelung ergeben sich unterschiedliche Auffassungen insbesondere zu der aus Bundessicht erforderlichen zentralen Aufbereitung der EU-Konjunkturstatistik und zentralen Umsatzsteuerdatenbank. Die Statistischen Ämter der Länder und deren Dienstaufsichtsbehörden stehen einer zentralen Durchführung der vierteljährlichen Konjunkturstatistik ablehnend gegenüber, halten einen Test der Verwaltungsdaten vor deren Nutzung für unverzichtbar und sprechen sich deshalb zunächst für eine Primärerhebung nach § 5 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz aus.

In der anschließenden Diskussion machen die Leiter der Statistischen Ämter der Länder deutlich, dass sie einer Verwaltungsdatennutzung grundsätzlich positiv gegenüber stehen. Herr Prof. Dr. Wagner, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, bemerkt aus Sicht der Wissenschaft, dass die Verwaltungsdaten als Mikrodaten für die Wissenschaft verfügbar sein sollten. Die Vertreter des Bundesverbandes der Freien Berufe, des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Deutschen Statistischen Gesellschaft appellieren an die amtliche Statistik, künftig - soweit wie möglich - auf

Primärerhebungen zu verzichten und vorhandene Verwaltungsdaten zu nutzen, um die Wirtschaft von statistischen Auskunftspflichten zu entlasten.

Der Statistische Beirat fasst die Erörterungen (siehe dazu die als Anlage beigefügte Presseerklärung) wie folgt zusammen:

- Der Statistische Beirat betont die Notwendigkeit, die Anforderungen der Konjunkturverordnung der EU frist- und sachgerecht zu erfüllen.
- Er unterstützt in diesem Zusammenhang den Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsstatistik, d.h. eine verstärkte Nutzung und Zusammenführung von Verwaltungsdaten, insbesondere der Steuer- und Arbeitsverwaltung.
- Der Beirat empfiehlt, dass dazu kurzfristig auf Bundesebene und von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder weitere Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit und zur Qualität der Ergebnisse durchgeführt sowie die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

3 Einstellung oder Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin

Den Mitgliedern des Beirats ist eine Unterlage zur Einstellung oder Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin zugegangen. Als Tischvorlage wird das Ergebnis einer Umfrage vorgelegt, bei welchen Bundesstatistiken aus Sicht der Beiratsmitglieder weiterhin eine Ost-/West-Aufbereitung von Berlin für erforderlich gehalten wird. Das Statistische Bundesamt stellt die wichtigsten Ergebnisse vor.

Der Statistische Beirat bittet das Statistische Bundesamt - unbeschadet der sich daraus ergebenden Nachweisungsprobleme -, auch künftig in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin Ost-/West-Aufteilungen vorzunehmen, soweit von Seiten der Nutzer eine dringende Notwendigkeit besteht (siehe dazu die als Anlage beigefügte Presseerklärung). Er beauftragt das Statistische Bundesamt, kurzfristig in einer Arbeitsgruppe mit den Nutzern und dem Statistischen Landesamt Berlin bis zum 1. Oktober d. J. diese Bereiche festzulegen, und die weitere konkrete Vorgehensweise abzustimmen.

Zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe haben sich inzwischen folgende Beiratsmitglieder bereit erklärt: Dr. Brockmann, Deutscher Industrie- und Handelstag; Dr. Weiss, Zentralverband des Deutschen Handwerks; Herr Hasler, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels; Graf Pückler, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Herr Gabriel, DGB-Bundesvorstand; Min.Rat Möller, Bundesministerium der Finanzen; Min.Rätin Dr. Henseler-Unger, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Min.Rat Lepper, Bundesministerium für Arbeit; Min.Rat Dr. Eisel, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Das Statistische Bundesamt wird zu einer Sitzung der Arbeitsgruppe einladen.

Die in diesem Zusammenhang von Herrn Min.Rat Möller gestellte Frage zur Behandlung der Konjunkturstatistiken ab 2003 (neues Basisjahr 2000) soll in der Arbeitsgruppe besprochen werden.

4 Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben

Die Beiratsmitglieder sind in einer Unterlage über die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben informiert worden. Diese Überlegungen gehen im Wesentlichen dahin, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen zu einer jährlichen Haushaltsbudgeterhebung zusammenzuführen, im Anschluss an den Mikrozensus ein Access-Panel aufzubauen sowie die unter dem Stichwort „EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ geplanten Datenanforderungen der EU in das System der amtlichen Haushaltsstichproben zu integrieren. Eurostat beabsichtigt mit neuen EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) bereits erstmals für das Jahr 2003 europaweit vergleichbare Querschnittsdaten zu den Themenbereichen Demographie und Bildungsstand, Einkommen, Soziale Ausgrenzung, Erwerbstätigkeit und Wohnen zu gewinnen.

Herr Prof. Dr. Wagner hält es aus Sicht der Wissenschaft für wünschenswert, den Adressenpool eines künftigen Access-Panels auch für Stichprobenziehungen außerhalb der amtlichen Statistik nutzbar zu machen.

Der Statistische Beirat nimmt den Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben zur Kenntnis. Er begrüßt das geplante Gespräch mit allen wichtigen Nutzern von Haushaltserhebungen (vergleichbar einem Fachausschuss) im Herbst 2001 im Statistischen Bundes-

amt. Das Statistische Bundesamt bittet den Beirat, das Projekt in seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der kommenden Legislaturperiode aufzunehmen.

5 Broschüre „Macht und Zahl“ von Prof. Dr. Eckart Elsner

Auf Anregung der Herren Gabriel und Dr. Tofaute vom Deutschen Gewerkschaftsbund stellt Herr Prof. Dr. Elsner, Statistisches Landesamt Berlin, den Inhalt seiner Broschüre „Macht und Zahl“ vor. Nach eingehender Diskussion ist sich der Statistische Beirat einig, dass die Unabhängigkeit der amtlichen Statistik eine Grundvoraussetzung für eine sachgerechte Information der Bürger in der Demokratie ist, und dankt Herrn Prof. Dr. Elsner für seinen Vortrag.

Ergänzend weist das Statistische Bundesamt auf eine - in Abstimmung mit dem BMI - in Auftrag gegebene Studie zur Bevölkerungsstatistik am Beispiel der Volkszählung 1939 während des Nationalsozialismus hin. Die Studie von Frau Wietog wird im Sommer im Verlag Duncker & Humblot GmbH erscheinen.

6 Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik

Der Statistische Beirat ist in einer Unterlage über den aktuellen Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik unterrichtet worden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass 14 Empfehlungen bereits umgesetzt sind und bei 4 die Umsetzung zu festgelegten Terminen absehbar ist. An der Realisierung von 17 Empfehlungen wird noch gearbeitet. 3 Empfehlungen erwiesen sich aus diversen Gründen als nicht umsetzbar. Herr Prof. Dr. Wagner regt an, dass bei der Diskussion von Fachfragen nicht nur die ARGE-Mitgliedsinstitute (siehe Empfehlung 3 „Fortentwicklung der Erwerbstätigkeitsstatistiken“), sondern auch andere institutionalisierte Vertreter der Wissenschaft angesprochen werden, wie zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Soziologie.

Zur Vorbereitung des Evaluierungsberichts, der vor Ende der Legislaturperiode der Bundesregierung vorgelegt werden soll, sind zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ vorgesehen. Die erste Sitzung ist für den 29. November 2001 geplant. Eine Ein-

ladung an die Mitglieder des Statistischen Beirats wird rechtzeitig erfolgen. Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe wird im März/April 2002 stattfinden, damit der Bericht auf der Beiratstagung im Juni 2002 verabschiedet werden kann.

Der Evaluierungsbericht soll auch erste Überlegungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der nächsten Legislaturperiode enthalten. Das Statistische Bundesamt bittet die Beiratsmitglieder, bis Ende September 2001 Vorschläge zu unterbreiten.

Der Beirat stimmt dem vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Bericht und dem geplanten weiteren Verfahren zu.

7 Electronic Business

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Unterlage gibt einen ersten Überblick, was die amtliche Statistik in Deutschland unternimmt, um das Phänomen „Electronic-Business“ bzw. „New Economy“ näher zu beleuchten. Der Vertreter des Statistischen Bundesamtes bedankt sich bei den Mitgliedern des Statistischen Beirats für die zahlreichen und teilweise recht ausführlichen Stellungnahmen, die im Rahmen einer Umfrage zu diesem Thema eingegangen sind. Sie geben wertvolle Hinweise darauf, Lösungsansätze für den Umgang mit dem Phänomen des Electronic Business in der amtlichen Statistik zu finden und sie betonen die Bedeutung dieser Entwicklung. Insofern steht die amtliche Statistik vor der Herausforderung, einen dringenden Bedarf zu befriedigen.

Ein erster Schritt ist der in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik, Heft 3/2001“ erschienene Aufsatz „Neue Ökonomie und amtliche Statistik“. Für Ende 2001 ist eine Veröffentlichung zum Thema „Informationsgesellschaft“ geplant, die bereits vorhandene Ergebnisse aus der amtlichen Statistik über die Informationsgesellschaft im Zusammenhang darstellen wird.

Die Beiratsmitglieder begrüßen das Vorhaben des Statistischen Bundesamtes, für diesen Bereich eine Datenbasis zu schaffen. Herr Hahlen bittet die Mitglieder des Statistischen Beirats, die über Daten zur Informationsgesellschaft (wie z. B. Verbandsstatistiken) verfügen, mit dem Statistischen Bundesamt zusammenzuarbeiten und bei der Datensammlung zu helfen.

Das Statistische Bundesamt weist auf ein gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank veranstaltetes Symposium „Hedonische Methoden in der Preisstatistik“ am 21./22. Juni 2001 in Wiesbaden hin.

8 Stand der Durchführung eines registergestützten Zensus (Testgesetz)

Ergänzend zu der vorgelegten Unterlage berichtet Frau Min.Rätin Mank, Bundesministerium des Innern (BMI), über den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Zensusvorbereitungsgesetz. Der Deutsche Bundestag hat am 18. Mai 2001 in 3. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf unverändert angenommen. Der Bundsrat hat am 1. Juni 2001 wegen der geforderten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und Gemeinden sowie zur Verschiebung des vorgesehenen Stichtages für die Erhebungen (19. September 2001) den Vermittlungsausschuss angerufen.¹

9 Wichtige Vorhaben auf europäischer Ebene, Rechtsakte und Projekte

In einer Unterlage informiert das Statistische Bundesamt über die wichtigsten Rechtsakte und Projekte auf europäischer Ebene. Von besonderer statistikübergreifender Bedeutung sind zwei politische Entscheidungen:

- Der vom Rat für Wirtschaft und Finanzen beschlossene und von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank aufgestellte Aktionsplan im Bereich der Konjunkturstatistiken.

Der Aktionsplan hat eine ganze Reihe von europäischen Gesetzgebungsvorhaben ausgelöst, so die Verordnungen zu den vierteljährlichen Konten des Staates für nichtfinanzielle Transaktionen und zu den vierteljährlichen Finanzkonten des Staates, die geplante Verordnung über einen Arbeitskostenindex und die Verordnung zur unterjährigen Durchführung der europäischen Arbeitskräfteerhebung. Letztere ist in Deutschland in den Mikrozensus eingebunden, und die europäischen Bestrebungen haben die Überlegungen zur unterjährigen Durchführung des Mikrozensus beschleunigt.

¹ Der Bundsrat hat am 22. Juni 2001 das im Vermittlungsausschuss am 20. Juni 2001 gefundene Ergebnis zum Zensusvorbereitungsgesetz nicht akzeptiert. Daraufhin hat die Bundesregierung am 27. Juni 2001 ihrerseits den Vermittlungsausschuss angerufen. Dieser hat den Gesetzentwurf am 4. Juli 2001 in der vom Bundestag in geänderter Fassung beschlossenen Form bestätigt; der Bundsrat wird sich am 13. Juli 2001 mit dem neuen Vermittlungsergebnis befassen.

Im Rahmen des Aktionsplans sind u.a. Berichte über den Stand der Erfüllung der bisherigen europäischen Verpflichtungen in den Konjunkturstatistiken erstellt worden. Deutschland nimmt hier - verglichen mit den anderen Mitgliedstaaten - ganz überwiegend eine hervorragende Rolle ein. Die bisherige Gesetzgebung im Bereich der Konjunkturstatistiken genügt der Europäischen Zentralbank (EZB) allerdings nicht, insbesondere muss die Aktualität weiter verbessert werden. Aus diesem Grund ist ein Benchmarking mit den USA angestoßen worden. Eine Delegation aus Vertretern von Eurostat, mehreren Mitgliedstaaten, der EZB und der OECD haben das Statistiksistem der USA mit dem der Europäischen Union und den Systemen der Mitgliedstaaten verglichen. Eurostat wird das Ergebnis des Systemvergleichs im September 2001 dem Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) in einem ausführlichen Bericht vorlegen.

- Die Strukturindikatoren zur Erarbeitung des vom Europäischen Rat in Lissabon beschlossenen jährlichen Syntheseberichts.

Ausgelöst durch die Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon am 23./24. März 2000 wurde die Europäische Kommission beauftragt, jährlich einen Synthesebericht zu erstellen, in dem vor allem Fortschritte in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt sowie zusätzlich Nachhaltigkeit und Umwelt aufgezeigt werden sollen. Der erste Synthesebericht wurde dem Europäischen Rat in Stockholm im März 2001 vorgelegt. Der ASP hat eine Ad-hoc-Lenkungsgruppe mit der Koordinierung der Arbeiten innerhalb des Europäischen Statistischen Systems beauftragt. Deutschland wird sich an den weiteren Arbeiten aktiv beteiligen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit den Strukturindikatoren steht das Projekt EU-SILC / Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen, das unter Tagesordnungspunkt 4 bereits angesprochen wurde. EU-SILC soll für wesentliche Teile der Strukturindikatoren die statistischen Daten liefern.

Herr Min.Rat Dr. Streuff macht deutlich, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit dem Vorgehen von Eurostat hinsichtlich der Nachhaltigkeitsindikatoren nicht einverstanden ist, da im Vorfeld keine Abstimmung stattgefunden hat.

Ergänzend weist Herr Hahlen auf die Problematik der Preiserhöhungen durch die Euro-Umstellung hin. Um in der Öffentlichkeit Aussagen machen zu können, bittet er die Mitglieder

des Statistischen Beirats, der amtlichen Statistik Hinweise zu geben, ob und inwieweit die Umstellung auf den Euro zu Preiserhöhungen führt.

10 Zeitnähe von statistischen Erhebungen und deren Auswertung - Wirksamkeit der Maßnahmen des Statistischen Bundesamtes, insbesondere im Abfallbereich

Herr Min.Rat Dr. Streuff vom BMU, der den Punkt angemeldet hat, gibt einen kurzen Sachstandsbericht. Bereits auf der Sondersitzung des Statistischen Beirats am 5. Dezember 2000 wurden verschiedene Maßnahmen vereinbart, um aktuelle Daten bei den umweltstatistischen Erhebungen bereitzustellen. In einer Unterlage hat das Statistische Bundesamt über die zwischenzeitlich eingeleiteten Maßnahmen informiert. Obwohl mittlerweile eine Tendenz zur Verkürzung der Lieferzeiten zu verzeichnen sind, muss die amtliche Statistik weitere Anstrengungen unternehmen, um zeitnahe abfallstatistische Daten bereitzustellen.

Herr Min.Rat Dr. Streuff bittet das BMI, im Rahmen seiner übergreifenden Fachaufsicht darauf zu achten, dass trotz vielfältiger neuer Aufgaben für die amtliche Statistik die vorliegenden gesetzlichen Verpflichtungen mit den verfügbaren Ressourcen erfüllt werden können. Frau Min.Rätin Mank weist auf die anstehende Abfallstatistik-Verordnung der EU und die damit verbundenen Probleme bei der Erfüllung dieser umfangreichen Anforderungen hin.

11 Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI Gutachten)

Herr Hahlen und Herr Prof. Dr. Wagner berichten über den Abschluss der Arbeiten der Bulmahn-Kommission. Der Bericht wurde am 13. März 2001 an Frau Bundesministerin Bulmahn übergeben. Eine gedruckte Fassung wird in Kürze erscheinen.

Von insgesamt 35 Empfehlungen des KVI Gutachtens betreffen etwa 20 Empfehlungen direkt oder indirekt die Arbeiten des Statistischen Beirats. Von besonderer Bedeutung sind die Empfehlungen 2 „Die Kommission empfiehlt die Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur Weiterentwicklung und Bewertung der informationellen Infrastruktur.“ und 5 „Die Kommission empfiehlt dem Gesetzgeber, die Aufgabendefinition für den Statistischen Beirat im BStatG in Richtung einer mittelfristig ausgerichteten Programmplanung zu erweitern und eine formelle Anhörungs-

pflicht vor der Einführung, Abschaffung oder vor wesentlichen Änderungen amtlicher Statistik vorzusehen. Die Zahl der Vertreter der Wissenschaft sollte erhöht und es sollte sichergestellt werden, dass Vertreter der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung entsandt werden.“

In der Diskussion macht die Vertreterin des BMI kritische Anmerkungen zu den Empfehlungen 2 und 5 des Gutachtens und die nach ihrer Ansicht nicht ausreichend berücksichtigten europäischen Gesichtspunkte. Der Statistische Beirat gibt kein abschließendes Votum ab. Herr Hahlen weist auf die geplante Wissenschaftliche Tagung zu den Empfehlungen des KVI Gutachtens am 20./21. September 2001 in Berlin hin, in welcher die Empfehlungen der KVI weiter erörtert werden sollen.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die Beteiligung an der Diskussion schließt Herr Hahlen die 48. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatte(r)in Vorsitzender

gez.

Sigrid Kiese

gez.

Johann Hahlen

216/01

Wiesbaden, 20. Juni 2001

48. Tagung des Statistischen Beirats am 19. Juni 2001

Statistischer Beirat für bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer

Der Statistische Beirat, das in § 4 des Bundesstatistikgesetzes für Grundsatzfragen der Bundesstatistik vorgesehene Beratungsgremium aus Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Wissenschaft, unterstützte nachhaltig auf seiner 48. Tagung am 19. Juni 2001 in Wiesbaden die geplante Einführung einer "bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer" durch die Bundesregierung: Für die Wirtschaft können Entlastungen von statistischen Berichtspflichten erwartet werden. Der Datenschutz innerhalb der amtlichen Statistik wird voll gewährleistet.

Die Bundesregierung möchte durch die Einführung der "Wirtschaftsnummer" einen Beitrag zum Abbau von Bürokratie leisten. In einem Test soll das Verfahren zunächst in einzelnen Regionen mit ausgewählten Behörden auf Machbarkeit geprüft werden. Anschließend soll die inhaltliche und technische Ausgestaltung für eine flächendeckende Einführung ab 1. Januar 2005 festgelegt werden. Dafür wird ein Testgesetz vorbereitet.

Der Statistische Beirat unterstützte im Zusammenhang mit der Erfüllung der Konjunkturverordnung der EU den Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsstatistik, d.h. eine verstärkte Nutzung und Zusammenführung von Verwaltungsdaten, insbesondere der Steuer- und Arbeitsverwaltung. Dies ist umso mehr zu begrüßen, wenn es gelingt, auch geeignete Verfahren zur Nutzung dieser Daten durch die Wissenschaft zu finden. Er empfahl, dass dazu kurzfristig auf Bundesebene und von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder weitere Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit und zur Qualität der Ergebnisse durchgeführt sowie die dafür erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Beirat hat sich schließlich mit dem Thema "Einstellung oder Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin" befasst. Seit In-Kraft-Treten der Bezirksreform in Berlin zum 1. Januar 2001 gliedert sich Berlin nur noch in 12 anstatt bislang 23 Bezirke, die nicht mehr der früheren Teilung Berlins entsprechen. Der Beirat bat - unbeschadet der sich daraus ergebenden Nachweisungsprobleme - das Statistische Bundesamt, auch künftig in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin "Ost - Westaufteilungen" vorzunehmen, soweit von Seiten der Nutzer eine dringende Notwendigkeit besteht.

Weitere Auskünfte erteilt: Sigrid Kiese,
Telefon: (0611) 75-2770,
E-Mail: sigrid.kiese@statistik-bund.de